Antwort auf eine Kleine Anfrage
— Drucksache 12/227 —

Betr.: Gnadenentscheidungen für Beamte und Angestellte, die durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen wegen verfassungsfeindlicher Beratung aus dem Dienst entlassen oder degradiert worden sind

Wortlaut der Kleinen Anfrage des Abg. Sehrt (CDU) vom 19. 9. 1990


Ich frage die Landesregierung:

1. In wie vielen Fällen haben Rechtsanwalt Schröder oder Kolleginnen/Kollegen seiner Anwaltssozietät Bewerber oder Angehörige des öffentlichen Dienstes vertreten, die sich gegen die Ablehnung ihrer Einstellung in den öffentlichen Dienst bzw. gegen disziplinarrechtliche Maßnahmen wegen verfassungsfeindlicher Beratung zur Wehr gesetzt haben?

2. In wie vielen Fällen war diese anwaltliche Vertretung ohne Erfolg?

3. Sieht sich der Ministerpräsident in der Lage, evtl. Gnadenentscheidungen auch in solchen Fällen zu treffen, in denen er selbst oder Kolleginnen/Kollegen seiner Anwaltssozietät die verfassungsfeindlichen Angehörigen des öffentlichen Dienstes vertreten haben?

4. Sofern die Landesregierung meine Auffassung teilt, daß in diesen Fällen eine objektive Entscheidung durch den Ministerpräsidenten nicht getroffen werden kann: von wem kann dann eine Gnadenentscheidung getroffen werden?
Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Innenministerium
— 15.3 — 03015/2.600 —

Hannover, den 30. 8. 1991

Namens der Landesregierung im Einvernehmen mit der Niedersächsischen Staatskanzlei beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu 1 und 2:

Zu 3 und 4:
In den Fällen, in denen Besorgnis zur Befangenheit aufgrund von widersprechenden Interessen besteht und der Herr Ministerpräsident dadurch an der Ausübung seines verfassungsrechtlich vorgesehenen Begnadigungsrechts gehindert ist, wird er nach § 6 der Geschäftsordnung der Niedersächsischen Landesregierung vertreten werden.

Glogowski